

Viele zahlen weniger, aber manche mehr

Von "Kornwestheim und Kreis Ludwigsburg", aktualisiert am 18.02.2011 um 00:00

Kornwestheim Die Verwaltung will die Gebühren für Kindergärten und Kitas neu - und ihrer Ansicht nach gerechter - berechnen. Der Gesamtelternbeirat hat Einwände dagegen. Von Susanne Mathes

Eine einseitige Mehrbelastung von Familien mit mehreren Kindern kann nicht hingenommen werden. Die Familien werden für ihren Beitrag, den sie an der Gesellschaft tragen, bestraft": So spricht der erboste Gesamtelternbeirat für Kindergärten, Kindertagesstätten und Horte (GEB) in einem Brief an die Gemeinderatsfraktionen und die Stadtverwaltung.

Quelle der Unzufriedenheit ist die neue Entgeltberechnung für kommunale Kindertagesstätten, welche die Stadt im Kontext der Einführung des EDV-Programmes Nordholz plant. Nachdem der Verwaltungs- und Finanzausschuss (VFA) des Gemeinderats den Beschluss zur EVD-Umstellung jüngst wegen der Elternproteste von der Tagesordnung abgesetzt und an den Sozialausschuss verwiesen hatte, wollte der nun keinen Beschluss fassen und reichte das Thema an den VFA zurück.

"Wir stehen unter Zeitdruck", sagte Oberbürgermeisterin Ursula Keck. Das bisher genutzte Programm, das die Stammdaten aller Familien verwaltet, die ihre Kinder in städtischen Kindergärten und Kitas betreuen lassen, ist veraltet und wird vom Stuttgarter Rechenzentrum demnächst nicht mehr unterstützt. Mit dem neuen System will die Stadt gleich die neue Gebührenkalkulation einführen. Diese soll, damit die Eltern die Kosten steuerlich absetzen können, die Beträge für Betreuung und die Essen getrennt ausweisen. Bisher wird der Beitrag pauschal berechnet, was beim Finanzamt zu Problemen führt, da zwar die Betreuungskosten abgesetzt werden können, aber nicht die Essenskosten.

Diese Transparenz bei der Beitragszusammensetzung begrüßt der Elternbeirat auch ausdrücklich. Nicht mitgehen wollen die Elternvertreter aber bei dem neuen Kalkulationsmodus, der ihrer Ansicht vor allem im Kindergartenbereich zu erheblichen Ungerechtigkeiten führt. Bisher berechnet die Stadt die Gebühren nach einer Mischform aus zwei Entgeltmodellen: Sie berücksichtigt die Anzahl der Kinder aus einer Familie, die gleichzeitig einen kommunalen Kindergarten, eine Kita oder einen Hort besuchen, und staffelt die Beträge zusätzlich je nach Anzahl der in der Familie lebenden Kinder unter 18 Jahren. Künftig soll für Ermäßigungen nur noch letzterer Aspekt ausschlaggebend sein. "Das alte System bevorzugt Familien, die mehrere Kinder im Kindergarten haben. Familien, die das Pech haben, dass ihre Kinder altersmäßig zu weit auseinander sind, profitieren davon nicht, auch wenn sie statt der Kindergartengebühren andere Betreuungskosten wie die Kernzeit zahlen müssen", positionierte sich Oberbürgermeisterin Ursula Keck. Eltern, deren Kinder nacheinander statt gleichzeitig verschiedene Einrichtungen besuchten, würden benachteiligt.

Der GEB hingegen fordert, die bisherige Mischkalkulation beizubehalten. "Natürlich mussten bisher Familien, deren Kinder nicht gleichzeitig im Kindergarten waren und die zweite Vergünstigung nicht in Anspruch nehmen konnten, in der Summe höhere Beiträge zahlen", argumentieren die Elternvertreter. Dies könne aber nicht den Eltern angelastet werden, "die sich dafür entschieden haben, ihre Kinder in kurzem Zeitabstand zu bekommen". In dieser Lebensphase zweimal den vollen Betrag zahlen zu müssen, sei eine erhebliche Belastung. Familien mit zwei Kindern, erst recht solche mit Familienpass, hätten bei dem neuen Berechnungsmodell das Nachsehen. "Uns geht es nicht darum, Ihnen eine höhere Kindergartengebühr unterzumauscheln", betonte Ursula Keck im Sozialausschuss. Nach Auskunft von Jo Triller, Leiter des Amtes für Stadtgesellschaft, kommen die allermeisten Eltern zukünftig sogar günstiger weg: in 50 Konstellationen werde die Gebühr niedriger, zwölfmal bleibe sie gleich, zehnmal erhöhe sie sich. Das ergebe sich aus der Einrichtungsart, der Zahl der Betreuungstage und täglichen Betreuungsstunden sowie der Zahl der Kinder in der Familie. "Es gibt ein paar Konstellationen, in denen es bisher günstiger war", räumt er ein. Da sei aber eher die seitherige Kalkulation ungerecht als die neue.

"Wenn man zwei Kinder im Kindergarten hat und plötzlich bis zu 30, 40 Euro mehr pro Monat zahlen muss - das ist für jemanden, der beispielsweise im Niedriglohnsektor arbeitet, nicht zumutbar", sagt Elternvertreterin Ira Wagner. Die Stadt müsse zumindest Übergangsregelungen treffen und den betroffenen Familien Bestandsschutz gewähren.